

Es geht um eine politische Richtungswahl

Die Wähler treffen am 25. Januar 1987 die Entscheidung darüber ob CDU und CSU ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen können, oder ob unser Land durch eine Koalition von Sozialisten und Grünen Rückschritt und Niedergang drohen. Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl sind überzeugend und kommen allen Bürgern zugute. So steht es in der Präambel im Entwurf des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU, der im Mittelpunkt der Beratungen des Bundesausschusses am Freitag, 5.9.86 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stand.

Vor den ca. 150 Delegierten gab der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, einen Bericht zur Lage. Generalsekretär Heiner Geißler erläuterte den Entwurf des gemeinsamen Wahlprogramms. Dieser Entwurf wurde von einer vom Bundesvorstand der CDU eingesetzten Kommission, der Ernst Albrecht, Norbert Blüm, Gerhard Stoltenberg, Hanna Renate Laurien, Lothar Späth und Alfred Dregger angehörten, unter Vorsitz von Heiner Geißler erarbeitet und mit den Vertretern der CSU in zwei Sitzungen ausführlich beraten. Mit nur zwei geringfügigen Ergänzungen billigten die Delegierten des sog. „Kleinen Parteitag“ bei einer Stimmenthaltung den Entwurf und gaben dem Bundesvorstand „grünes Licht“ für die abschließenden Verhandlungen mit der CSU. Nachfolgend Auszüge aus den Reden von Helmut Kohl, Heiner Geißler und Alfred Dregger.

WAHLKAMPF '87**HEUTE AKTUELL:****● ARGUMENTE**

Wir sichern das Grundrecht auf politisches Asyl.
Blauer Teil

● DOKUMENTATION

Die jugendpolitische Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl von 1983 bis 1986.
Grüner Teil

● BUNDESAUSSCHUSS

Auszüge aus den Reden von Helmut Kohl, Heiner Geißler und Alfred Dregger. Seite 2—8

● GUTACHTEN

Verwirrspiel um Verzicht auf Kernenergie. Seite 23

● ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gesamtangebot: rosa Teil
Materialien zum Umweltschutz. Seite 31

Helmut Kohl: Wir haben gute Chancen die Wahl zu gewinnen

Es sind wenig mehr als 130 Tage, die uns vom Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 trennen. Die Stimmung ist nach der Sommerpause gut. Die Umfragezahlen sind positiv, und die Wahlaussichten der Union und der Koalition sind ausgesprochen günstig. Wir haben gute Chancen, diese Wahl am 25. Januar 1987 zu gewinnen. Aber, meine lieben Freunde, eine Wahl ist erst am Wahlabend um 18 Uhr nach Schließung der Wahllokale entschieden und keine Minute zuvor. Wir müssen um jede Stimme kämpfen. Wir haben keine Stimme zu verleihen, und wir haben keine Stimme zu verschenken. Wir kämpfen für uns und für unseren Wahlsieg, den Wahlsieg der Union.

Für unseren Wahlerfolg ist entscheidend, daß unser Kurs klar, berechenbar und verständlich bleibt. Es gibt keine Alternative zur Koalition der Mitte. Dies wird besonders klar nach dem Nürnberger SPD-Parteitag. Die Behauptung der Sozialdemokraten, daß sie die absolute Mehrheit anstreben, ist durch sie längst widerlegt worden. Man hörte ja, daß führende Sozialdemokraten ein Ergebnis um die 42 oder 43 % schon für ganz beachtlich halten. Wer aber die Regierung bilden will, obwohl er nur mit 42 oder 43 % der Stimmen rechnet, muß uns und dem Wähler auch sagen, wo die restlichen 7 bis 8 Prozent herkommen sollen, die zur Mehrheit notwendig sind. Für die SPD ist das rot-grüne Bündnis die einzige Chance. Darauf hat sich die Partei längst eingestellt. Der Nürnberger Parteitag hat in allen Sachfragen einen Ruck nach links offenbart.

Was beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen wurde, wäre in der Sozialdemokratie vor zwei Jahren undenkbar gewesen. Die Sozialdemokraten müssen sagen, wie sie das Bekenntnis zur NATO mit ihren Beschlüssen vereinbaren, die die Erosion und die Zerstörung der NATO zur Folge hätten.

Wer wie die SPD den jungen Leuten verspricht, daß er die Entscheidung der Mehrheit des Bundestags zur Verlängerung der Wehrpflicht rückgängig macht, und dann eine Erklärung schuldig bleibt, wie er die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den NATO-Partnern erfüllen will, der betrügt den Wähler. Und wer — wie die SPD — sein Bekenntnis zur NATO mit fortdauernder Kritik an unseren amerikanischen Partnern verbindet, der muß klarstellen, wie er es eigentlich wirklich damit hält.

Die Bekenntnisse der Sozialdemokraten zur NATO und zu den Verbündeten sowie die Taten draußen vor Ort klaffen immer weiter auseinander. Bei allen Demonstrationen gegen amerikanische Einrichtungen finden sich sozialdemokratische Funktionäre in der vordersten Linie. In der SPD herrschen heute Äquidistanzdenken und Neutralisierungspolitik vor. Niemand mehr tritt diesen Entwicklungen in der Partei mehr entgegen.

Die Christlich Demokratische Union ist eine Verfassungspartei. Aus der christlich-demokratischen und christlichen sozialen Idee heraus und aus den bitteren persönlichen Erfahrungen der Nazizeit haben die Gründer der Union unser Grundgesetz mitgeschaffen. Auch das Asylrecht in unserem Grundgesetz hat seinen Ur-

sprung in diesen Erfahrungen und Überzeugungen. Daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt ist, das dem Asylrecht Verfassungsrang gibt, hat seine Ursache in der Schuld und der bitteren Erfahrung der Nazibarbarei. Was damals gesagt wurde, gilt heute noch: Wer aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen seine Heimat verlassen muß, um Leib und Leben zu retten, der muß in dieser freien Bundesrepublik Deutschland seine Heimstatt, seine Zuflucht finden können. Eine Grundgesetzänderung, die daran rührt, wäre für uns nicht akzeptabel.

Mehr Entwicklungshilfe als der Warschauer Pakt

Wenn wir über die Fragen des Mißbrauchs des Asylrechts sprechen, hat das überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Wir sind offen für die Sorgen der Menschen in der Welt. Die meisten hier im Saal haben noch persönlich erlebt, wie uns nach dem Krieg die Hilfe von draußen zuteil wurde. Die Care-Aktion beispielsweise hat Hunderttausenden von Menschen in unserem Land geholfen. In diesem Sinne versuchen auch wir zu helfen. Die Bundesrepublik Deutschland gibt im Rechnungsjahr 1986 mehr für die Entwicklungshilfe aus als der gesamte Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion. Dazu kommen noch die Beiträge, die die Bürger etwa als Kirchensteuerzahler über die beiden großen Kirchen aufbringen, oder die die Hilfswerke wie Brot für die Welt oder Adveniat an Spenden sammeln. Ich nenne nur ein Beispiel: In den deutschen Diözesen ziehen Kinder in jedem Jahr zur Zeit des Dreikönigsfestes als Sternsinger von Haus zu Haus, um — einer alten Sitte folgend — für die Armen zu sammeln. Ich hatte in diesem Jahr 200 dieser Kinder aus allen deutschen Diözesen zu Gast, stellvertre-

tend für über 200 000 Kinder, die als Sternsinger unterwegs waren und für die hungernden Kinder in der Sahelzone in wenigen Tagen 20 Millionen DM gesammelt haben.

Es gibt wenige Völker in der Welt, die gegenwärtig mehr tun als wir. Es gibt aber auch wenige Völker in der Welt, die eine größere moralische Pflicht haben, dies zu tun — auf Grund der eigenen Geschichte —, und vor allem auf Grund der sozialen Lage unseres Landes. Wir bekennen uns auch als Christen zu diesem Dienst und zu unserer Mitverantwortung gegenüber den Nächsten. Wenn wir also über die Regelung der Asylantenfrage reden, hat das nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun.

Mißbrauch kann nicht länger hingegenommen werden

Wir halten am Asylrecht fest. Wir halten fest an der Hilfe für die Armen in der Welt, aber wir sind kein Einwanderungsland. Auch im Vergleich mit dem, was in Schweden, Dänemark, Frankreich oder der Schweiz auf diesem Gebiet diskutiert und gesetzlich kodifiziert wird, kann der Mißbrauch des Asylrechts durch kriminelle Schlepper nicht hingegenommen werden, und er ist erst recht nicht im Sinne unseres Grundgesetzes. Wir haben im Kabinett ein ganzes Paket von Maßnahmen beschlossen, das noch in diesem Jahr in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden soll. Das ist das, was jetzt im Rahmen des geltenden Rechts getan werden kann. Wenn all dies nichts nutzt, müssen wir auch überlegen, ob man nicht zu einem grundgesetzlichen Gesetzesvorbehalt kommen muß — worauf ja auch Persönlichkeiten von Rang, z.B. der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hinweisen.

Ich habe die Ministerpräsidenten und die Partei — und Fraktionsvorsitzenden von

CDU/CSU, SPD und FDP für die letzte Septemberwoche zu einem Gespräch eingeladen, um die Probleme miteinander zu besprechen. Es ist nicht unser Interesse, diese Frage zu einem großen Wahlkampfthema zu machen, aber wir können in Bonn nicht so tun, als gäbe es das Problem im Lande nicht. Wer mit Bürgermeistern spricht, wer mit Landräten spricht, wer mit den Freunden, die in Berlin Verantwortung tragen, spricht, der weiß, daß sich die Dinge zuspitzen. Wir können eben die Probleme anderer Länder nicht dadurch lösen, daß wir Menschen von dort in unser Land bringen.

Wir haben dazu auch Gespräche zu führen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, weil die Dinge hier unter den westeuropäischen Ländern noch besser abgeklärt werden müssen. Wir führen auch die notwendigen Gespräche mit der DDR. Wenn man in der DDR glauben sollte, daß diese Frage zur Destabilisierung von Westberlin oder der Bundesrepublik Deutschland geeignet wäre, würde man einer Täuschung unterliegen. **Wer von gut nachbarschaftlichen Beziehungen spricht, der muß einfach nach der Regel vorgehen, die auch im Privatleben gilt: Man darf und kann den Nachbarn nicht zumuten, was man nicht selber zugemutet bekommen möchte.** Ich hoffe sehr, daß wir in einem vernünftigen Miteinander zu den notwendigen Regelungen kommen.

Wir hatten in der zurückliegenden Legislaturperiode einen guten Kompaß und die richtige Einstellung. Ich habe vielen zu danken, die uns bei unserer Arbeit geholfen haben. Wir haben aber noch große Aufgaben vor uns. Dazu zählen u.a. die weitere Stärkung der Familie, die Sicherung der Rente und die Zukunftssicherung junger Menschen. Wir haben eine junge Generation, die nach meiner festen Überzeugung nicht nur überaus sympathisch ist, sondern zum Hoffnungsvoll-

sten gehört, was wir an jungen Leuten in diesem Jahrhundert erlebt haben. Es lohnt sich, daß wir uns für diese jungen Leute einsetzen.

Eine wichtige Entscheidung der neuen Legislaturperiode ist die große Steuerreform — nicht nur aus fiskalischen Gründen. Es ist ein absurder Zustand in einer modernen Industriegesellschaft, die Fleißigen zu bestrafen, die Tüchtigen, die, die aus freien Stücken mehr als andere arbeiten. Das eigentliche Ziel dieser Steuerreform ist, daß sich Leistung wieder lohnt. Wir wollen aber auch erreichen, daß die Bürger wieder ihre eigenen Steuererklärungen und damit den Staat und seine Gesetze begreifen können. Die Distanz zwischen Bürger und Staat muß abgebaut werden.

Die Christlich Demokratische Union muß sich immer wieder die Frage stellen, ob sie den Anforderungen für eine menschliche Zukunft genügt. Wir müssen unseren Bürgern mit großer Offenheit und Sensibilität gegenüberreten und mit der Fähigkeit zuzuhören. Wir müssen deutlich machen, daß wir die Fähigkeit besitzen, ganz selbstverständlich zu dienen. Regierung in der Demokratie ist immer Macht auf Zeit. Es gibt keine Erbhöfe in der Demokratie. Man muß das Vertrauen der Wähler immer wieder neu erwerben. Und Vertrauen erwächst aus Offenheit, Ehrlichkeit und intellektueller Redlichkeit. Demokratie darf nicht zur Verbonzung führen.

Es geht bei dieser Wahl um eine Richtungswahl, um ethische Entscheidungen, und es geht auch um Grundfragen, die nicht nur im Materiellen zu finden sind.

Meine Bitte an Sie alle in diesem Wahlkampf ist, den Wählern nicht nur zu sagen, was wir getan haben. Gewiß, wir haben eine stolze Bilanz. Aber wir werden darüber hinaus den Bürgern auch sagen, was wir noch tun wollen.

Heiner Geißler: Die Zukunft unseres Landes ist das große Thema

Das Wahlprogramm ist ein Ausweis für die Zukunftsfähigkeit der Union. Es ist die Grundlage für unsere politische Arbeit in der nächsten Legislaturperiode, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest. In der nächsten Legislaturperiode werden die politischen Weichenstellungen für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren getroffen. Die Zukunft unseres Landes ist das große Thema des bevorstehenden Wahlkampfes. Deshalb wollen wir mit unserem Wahlprogramm auch die Zukunftsfähigkeit der CDU, ihre Kompetenz, die Aufgaben der Zukunft zu lösen, belegen.

Ziel der Union ist es, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in der Zukunft ein modernes, ein leistungsfähiges und soziales Industrieland bleibt, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt. Wir wollen keine sozialistische Zwangsgesellschaft, die den einzelnen Bürger gängelt, sondern eine menschliche Gesellschaft, die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen und Geborgenheit sichert.

Als politische Schwerpunkte zur Lösung der Zukunftsfragen möchte ich hervorheben:

1. Wir verringern die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem

Als Folge der sozialistischen Wirtschafts- und Steuerpolitik in den 70er Jahren ist

die Mehrzahl der Berufstätigen einer überzogenen progressiven Besteuerung ausgesetzt. Berufliche Leistung und unternehmerisches Risiko werden dadurch nicht mehr ausreichend belohnt, sondern steuerlich bestraft.

Die bereits eingeleiteten Schritte zu mehr Steuergerechtigkeit und geringerer Steuerbelastung für alle wollen wir in der nächsten Legislaturperiode zu einer grundlegenden Steuerreform ausbauen. Wir werden

- ein einfacheres Steuersystem mit geringeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen und Begünstigungen verwirklichen,
- einen durchgehenden linear-progressiven Einkommensteuertarif einführen, um die unerträglich hohe Grenzbelastung für die Mehrzahl der arbeitenden Menschen zu verringern,
- die Kinderfreibeträge und den Kinderzuschlag anheben, um der erheblichen Mehrbelastung der Familien gerecht zu werden,
- die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung der Unternehmen weiter verringern.

2. Wir sorgen für sichere, umweltschonende und preiswerte Energie

Die Kernkraft ist neben Kohle, Öl, Erdgas und regenerativen Energien auch in der näheren Zukunft eine unverzichtbare Energiequelle. Kohle und Wasserkraft werden auch in Zukunft ihren Anteil an der Energieerzeugung besitzen. Wind- und Solarenergie sowie nachwachsende Energieträger können einen steigenden Beitrag zur Energieversorgung liefern.

Die Erforschung und Erprobung dieser und anderer alternativer Energiequellen wie z. B. der Fusions- und Wasserstofftechnologie sind verstärkt zu fördern, damit sie als Energiequellen möglichst bald zur Verfügung stehen.

Die Kernenergie ist heute eine technisch beherrschbare und damit moralisch vertretbare Technik.

3. Rentenreform

Weil sich der Altersaufbau unserer Bevölkerung ändert, werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Strukturreform der Rentenversicherung vornehmen. Dabei lassen sich die Unionsparteien von folgenden Prinzipien leiten:

- Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Der enge Bezug zwischen Leistung und Gegenleistung bleibt auch in Zukunft ein Grundsatz unseres Rentenrechts. Deshalb lehnen wir eine Einheitsrente ebenso ab wie eine Maschinensteuer.

- Die Anerkennung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung des Drei-Generationen-Vertrages in der Rentenversicherung.

- Die verfügbaren Renteneinkommen sollen im gleichen Maße steigen wie die verfügbaren Arbeitseinkommen der Beschäftigten. Der Bundeszuschuß muß auf eine neue, verlässliche Grundlage gestellt werden.

- Notwendig sind in der Zukunft sowohl flexible als auch gleitende Übergänge in den Ruhestand.

4. Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit

Zu den Zukunftsaufgaben gehört auch die bessere Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit älterer Menschen. Der weitaus größte Teil der pflegebedürftigen

Älteren wird von Angehörigen betreut. Es sind insbesondere Frauen der mittleren Generation, die sich in der Pflege um ihre Angehörigen oftmals selbstlos aufopfern. Die Risiken der Pflegebedürftigkeit oder schwerer Behinderung von Geburt an sind nur unzureichend abgesichert.

Deshalb wollen wir in der nächsten Legislaturperiode vordringlich:

- die soziale Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen, in Verantwortung der Länder und Gemeinden verbessern,

- im Steuerrecht weitere Erleichterungen schaffen,

- die Bedingungen für private Vorsorgeleistungen verbessern,

- die Pflege durch Angehörige und Sozialstationen nachhaltiger anerkennen und fördern.

Unsere Politik soll dazu beitragen, daß ältere Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

5. Wir schaffen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Eine entscheidende Voraussetzung für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht ist ein familien- und kinderfreundliches Klima. Die ersten wichtigen Schritte in dieser Richtung haben wir getan. Aber weitere müssen folgen.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode

- mit dem Kinderfreibetrag auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen, das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben,

- das Erziehungsgeld ausbauen.

Wir werden uns der Situation der Alleinerziehenden, die es oft sehr schwer haben, besonders annehmen.

Alfred Dregger: Erfolgreiche Politik

Ich möchte drei Anmerkungen machen zu Themen, die jetzt aktuell sind, nämlich Energiepolitik, Asylpolitik, Haushaltspolitik. Zu der Energiepolitik gibt es zwei neue Gutachten. Sie hatten zur Grundlage eine begrenzte Fragestellung, da nur wenig Zeit zur Verfügung stand, nämlich sechs Wochen. Es waren also Schnellgutachten.

Die wichtigste Frage, ob ein isolierter Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie unsere Sicherheit erhöht, war nicht gestellt worden. Tschernobyl liegt in der Ukraine, Cattenom 15 km von der deutschen Grenze. In der DDR und in der Tschechoslowakei produzieren je sechs Kernkraftwerke und fünf sind im Bau. An unserer Westgrenze gibt es insgesamt 61 und 21 sind im Bau. Daraus ergibt sich doch die Schlußfolgerung, daß ein isolierter Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie unsere Sicherheit nicht erhöht.

Das zweite: wir sind keine Kernenergiefeindlichen. Als Politiker stellen wir die Forderung, sichere, ausreichende und preiswerte Energie zu erhalten, das letztere im Hinblick auf unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die technische Aufgabe zu lösen ist nicht Aufgabe der Politik, sondern Sache der Naturwissenschaftler. Wir können den Naturwissenschaftlern für ihre Forschung gute Rahmenbedingungen geben, das geschieht auch. Aber solange sie uns sagen, es gibt keine Alternative, ist das eine Tatsache, die wir hinnehmen müssen. Unsere Rolle ist bei dieser Lage nicht die des Aussteigers, sondern weiterhin Vorbild zu sein an Sicherheit. **Deutsche Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt und wir treten dafür ein, daß auch unsere Nachbarn diesen Sicherheitsstandard übernehmen.**

Zum Thema Asyl: Wir dürfen nicht herzlos sein. Es gibt viel Not in der Welt, insbesondere in der Dritten Welt. Aber ich glaube, daß wir diese Not in der Dritten Welt nicht auf dem Umweg über das Asyl steuern können. Die Hilfe, die wir der Dritten Welt leisten, ist eine Sache der Entwicklungshilfe, auch der Außenpolitik.

Das Asylrecht war schon in der Antike ein heiliges Recht. Es ist heute eine Errungenschaft weniger freiheitlich-demokratischer Länder. Wenn wir dieses Recht bewahren wollen, dann müssen wir den massenhaften Mißbrauch steuern. Die Bundesregierung hat beschlossen, was jetzt möglich ist, einmal nach der Verfassung, zum anderen wofür es eine Mehrheit gibt. Es ist selbstverständlich, daß die Fraktion das ihre tun wird, aber ich bitte auch die Kollegen aus den Ländern und aus den Kommunen dazu beizutragen, daß diese Beschlüsse bald Wirklichkeit werden.

Alles was darüber hinaus geht, bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit. Für eine Grundgesetzänderung brauchen wir die anderen demokratischen Parteien, FDP und SPD als Partner. Wir können nur erfolgreich werben, wenn wir diese Fragen sachbezogen, nüchtern, nicht mit Emotionen behaftet, darstellen.

Es geht also nur darum, den massenhaften Mißbrauch zu steuern. Da müssen wir nun bei einem Vergleich der Asylrechte der demokratischen Länder sagen, daß unser Asylrecht mehr als das anderer Länder zum Mißbrauch geradezu einlädt. Das hat natürlich auch Folgen im Hinblick auf die Inanspruchnahme. Ich will nur einige Zahlen nennen. Bei uns kommen auf einen ausländischen Flüchtling 101 Einwohner, in der Schweiz 201 Ein-

wohner, in Großbritannien 401, in Dänemark 1420 und in Italien 4012.

Wieso läßt unser jetziges Asylrecht zum Mißbrauch ein? Um es auf einen Nenner zu bringen: Jeder Mensch der Erde kann sich durch das Zauberwort Asyl einen mehrjährigen kostenlosen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verschaffen. Dazu tragen bei, daß wir anders als alle anderen Staaten jedem Menschen ein verfassungsmäßiges Grundrecht auf Asyl einräumen. Denen, die behaupten, politisch verfolgt zu sein, bieten wir die Möglichkeit, durch mehrere Instanzen dieses Asylrecht zu verfolgen. Darüber hinaus unterstützen wir den Aufenthalt finanziell. Da es bis zu 8 Jahre dauert, ehe ein Asylantrag entschieden ist, ist die Integration in dieser Zeitspanne so stark geworden, daß es schwer fällt, wenn das Asyl abgelehnt ist, jemanden abzuschieben, so daß 70 % von den Abgelehnten ebenfalls hierbleiben. Ich fürchte, daß wir diese außerordentliche Ausgestaltung unseres Asylrechts auf Dauer nicht durchhalten können. Deswegen muß langfristig der Versuch gemacht werden, im Gespräch mit den anderen demokratischen Parteien, unser Asylrecht anzunähern dem Asylrecht der anderen demokratischen Länder Westeuropas. Je polemischer und deformierender unsere politischen Gegner dieses Thema behandeln, um so sachlicher und besonnener müssen wir uns verhalten.

Das dritte Thema sind die Haushaltsberatungen für 1987. Ich darf feststellen, daß wir auch bei diesem Haushalt an unserer Konsolidierungspolitik festhalten. Das heißt, wir sorgen weiter dafür, daß die Ausgaben nicht stärker steigen als das Bruttosozialprodukt. Nur darin kann ja die Konsolidierung bestehen. Das durchzuhalten war nicht einfach. Uns drückt die Zinslast, die immer noch steigt. 1969 hatten unsere öffentlichen Haushalte

Überschüsse und keine Defizite. **Jetzt tragen wir die Zinslast der Schulden, die von Willy Brandt und Helmut Schmidt gemacht worden sind.** Uns drückt die Übertragung von Einnahmen des Bundes auf die Europäische Gemeinschaft, was ich nicht kritisieren will. Nur zeichnet sich ab, daß die übertragene Summe schon wieder nicht ausreicht. Uns drücken die drastisch gestiegenen Aufwendungen für den Bergbau und für die Landwirtschaft, letztere um 13,9 Prozent. Ich weiß, daß die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe trotzdem nicht befriedigend ist. Aber diese Zahlen sollten wir nennen, um deutlich zu machen, daß wir nichts unterlassen, um unseren Bauern zu helfen.

Leistungsbericht, Zukunftsprogramm, aber auch der Hinweis auf die politische Gesamtbedeutung dieser Wahl müssen Gegenstand der Wahlauseinandersetzung sein. Die großen Kardinalentscheidungen für dieses Land sind 1949 gefallen. Das war die Entscheidung für die westliche Allianz gegen das neutralistische Hin und Her zwischen Ost und West. Und das war die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft gegen, heute würde man sagen, grün-rote Mißwirtschaft. Diese Kardinalentscheidungen für die Allianz und für die soziale Marktwirtschaft wurden 1960 von Herbert Wehner für die SPD übernommen. Und dann bestand darüber Konsens bis 1982. **Die „Nach-Schmidt-SPD“ stellt diese beiden Kardinalentscheidungen zum ersten Male wieder zur Disposition. Wenn eine rot-grüne Mehrheit Deutschland regieren würde, dann wäre es mit unserer Sicherheit zu Ende, weil es dann mit der westlichen Allianz zu Ende wäre. Und mit dieser Mehrheit, wenn es eine solche gäbe, wäre es auch mit dem Wohlstand und dem Fortschritt für alle zu Ende, weil dann Schulden und Inflation wieder überhand nehmen würden.**

Beschluß zum gemeinsamen Wahlprogramm

Die Mitglieder des Bundesausschusses der CDU faßten am Freitag, 5. September 1986, in Bonn nachfolgenden Beschluß über den Entwurf des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU:

„Der Bundesausschuß der CDU hat am 5. September 1986 in Bonn den Entwurf eines gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 beraten. Der Bundesausschuß erklärt sein Einverständnis mit dem ihm vorgelegten Entwurf und empfiehlt dem Bundesvorstand der CDU, auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der vom Bundesausschuß beschlossenen Änderungen, die noch ausstehenden abschließenden Gespräche mit dem Vorstand der CSU zu führen. Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, für die CDU Deutschlands das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 endgültig zu verabschieden.“

Tierversuche werden eingeschränkt

Verbesserung des Tierschutzes in der Bundesrepublik Deutschland ist das Ziel des novellierten Tierschutzgesetzes, das am 22. August verkündet wurde und am 1. Januar 1987 in Kraft tritt. Durch die neuen Bestimmungen wird die im Gesetz von 1972 verankerte Grundkonzeption eines ethisch ausgerichteten Tierschutzes noch mehr in den Vordergrund gerückt.

Der Schwerpunkt des neuen Gesetzes liegt in der Einschränkung der Tierversuche. Diese dürfen künftig nur noch durchgeführt werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen, zur Erkennung von Umweltgefährdungen und für die Grundlagenforschung unerlässlich und durch andere Methoden nicht zu ersetzen sind. Außerdem muß abgewogen werden, ob die zu erwartenden Schmerzen, Leiden oder Schäden der Versuchstiere im Hinblick auf den Versuchszweck zu vertreten sind. Auch zur Erprobung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und de-

korativen Kosmetika sind sie grundsätzlich nicht mehr gestattet.

Eigenheimbau entwickelt sich zum Rückgrat des Wohnungsbaus

Die Entwicklung der Baugenehmigungen für Eigenheime macht nach Ansicht von Bundesbauminister Oscar Schneider deutlich, daß sich dieser Sektor mehr und mehr zum Rückgrat des Wohnungsbaus entwickelt. Der Anteil des Ein- und Zweifamilienhausbaus am Wohnungsbau insgesamt habe 1985 nur knapp unter 60 Prozent gelegen. Im ersten Halbjahr 1986 sei er nach den vorliegenden Daten auf 68,6 Prozent gestiegen. Die Zahlen bestätigen, so Minister Schneider, daß der Bedarf im Bereich der Eigentumsbildung im Wohnungsbau nach wie vor groß sei. Die Entwicklung bestätige die Richtigkeit der Konzeption der Bundesregierung, die öffentliche Förderung im Wohnungsbau auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen der Bedarf tatsächlich nach wie vor hoch sei.

Reaktorsicherheit: Initiative des Kanzlers führt zu ersten Ergebnissen

Unmittelbar nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief an alle Kernenergie nutzenden Staaten ange-regt, alsbald zu einer internationalen Konferenz über die Sicherheit kern-technischer Anlagen zusammenzukom-men. Auf Einladung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien fand vom 21. Juli bis 18. August 1986 in Wien ein Expertentreffen mit Vertretern aus 62 Staaten statt. Dieses Treffen diente der Vorbereitung der vom 24. bis 26. September 1986 in Wien vorgesehenen Konferenz auf Ministerebene.

Die Beratungen und Diskussionen der Experten haben nach vierwöchiger Dauer zu einem erfolgreichen Abschluß geführt. Einvernehmlich wurden von den Vertre-tern aller 62 Staaten die Entwürfe zweier Konventionen verabschiedet, deren end-gültige Annahme durch die zuständigen Minister Ende September vorgesehen ist.

Die Konvention über frühzeitige Infor-mationen verpflichtet alle Unterzeichner-staaten im Falle eines nuklearen Unfalles anderen Staaten, die von den Auswirkun-gen des Unfalles betroffen sind oder be-troffen werden könnten, unverzüglich alle notwendigen Informationen zu über-mitteln.

Die Konvention umfaßt jede Art kern-technischer Unfälle in allen, auch militä-rischen nuklearen Einrichtungen. Die In-formationspflicht erstreckt sich unter an-derem auf den genauen Zeitpunkt, den Ort und die Art des Unfalles, dessen wei-teren vermutlichen Verlauf, den Umfang und die physikalischen und chemischen

Eigenarten der radioaktiven Freisetzun-gen, die meteorologischen und hydrologi-schen Bedingungen sowie die durchge-führten oder geplanten Schutzmaßnah-men.

Der Entwurf der zweiten Konvention sieht im Falle eines nuklearen Unfalls die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfelei-stung vor.

Zu der Verabschiedung der beiden Kon-ventionentwürfe erklärte Bundesminister **Walter Wallmann**: Mit der einvernehmli-chen Ausarbeitung der beiden Konven-tionen hat die Initiative des Bundeskanz-lers zu internationaler Zusammenarbeit zu einem ersten wichtigen Erfolg geführt. Beide Konventionen sind geeignet, den Schutz vor grenzüberschreitenden Aus-wirkungen eines möglichen Reaktorun-falls wesentlich zu verbessern. Insbeson-dere wird die sofortige umfassende Infor-mationspflicht alle betroffenen Staaten in die Lage versetzen können, rasche und dem Unglück angemessene Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung zu treffen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Na-turschutz und Reaktorsicherheit arbeitet zur Zeit mit Nachdruck an einem Gesetz-entwurf zur besseren Erfassung, Koordi-nierung und Bewertung von Meßdaten der Umweltradioaktivität und zur Festle-gung eines Verfahrens für bundesweit verbindliche Empfehlungen und Maß-nahmen. Dieser Gesetzesentwurf ist Teil ei-nes umfassenden Arbeitsprogramms, das die Bundesregierung als Konsequenz aus Tschernobyl umsetzen will. Ziel aller Be-mühungen ist es, den höchstmöglichen Sicherheitsstandard für alle Kernkraft-werke zu erreichen.

Verwirrspiel um Kernenergieverzicht

Die Gutachten des Öko-Instituts Freiburg und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers zum Thema „Verzicht auf Kernenergie“ angefertigt wurden, sorgen für politischen Diskussionsstoff:

Die Medien berichteten über ein angeblich gleiches Ergebnis beider Studien, der „Ausstieg sei machbar“. Darum aber ging es bei den Untersuchungen nicht. Denn: Natürlich ist der Ausstieg machbar, natürlich ist es „technisch machbar“, alle Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland abzuschalten, auch sofort.

Die Frage ist nur: **Zu welchem Preis?** Was sind die Folgen eines Ausstiegs für die Energieversorgung, für Umwelt, Beschäftigung, wirtschaftliches Wachstum und Strompreise?

Bei der Bewertung dieser Folgen unterscheiden sich allerdings beide Gutachten beträchtlich.

Ein sofortiger Kernenergieausstieg brächte laut RWI erhebliche Risiken für die Energieversorgung, zunehmende Umweltverschmutzung, deutliche Kostensteigerungen und Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Das Ökoinstitut Freiburg macht sich noch nicht einmal die Mühe eigene Projektionen durchzurechnen, sondern vergleicht sechs unterschiedliche Untersuchungen aus der letzten Zeit zum gleichen Thema. Diese Untersuchung ist ein pseudowissenschaftliches Werk, das einer sachgerechten Behandlung des Themas überhaupt nicht gerecht wird. Die Ergebnisse standen von vornherein fest: Ausstieg möglich.

Auch die Studie des RWI untersucht die Folgen eines Kernenergieausstiegs nur

teilweise und geht von einer Vielzahl von Annahmen aus:

- freie Weltmärkte des Güterausstausches;
- keine Verschärfung der politischen Lage im Nahen Osten;
- Rückgang der Ölpreise bis 1990 real jährlich um 5,2 %, anschließender Anstieg bis zum Jahre 2010 jährlich etwa um 2,5 %;
- größere Preisschübe - aus der Vergangenheit wohlbekannt - werden ausgeschlossen;
- Orientierung aller Energiepreise wie bisher am Ölpreis;
- ausreichende Devisen der Bundesrepublik Deutschland, um genügend Energie auf den Weltmärkten einzukaufen.

Auf Grundlage dieser Prämissen berechnet das RWI die Folgen eines Kernenergieausstiegs für drei verschiedene Fälle:

1. ein Grundmodell bei dem der Stromverbrauch bis zum Jahre 2010 auf 536 Milliarden kWh pro Jahr steigt (Vergleich 1986: etwa 411 Milliarden). Dieser Strom wird durch ein Mehreinsatz von Steinkohle und Kernenergie erzeugt. Praktisch ist dies eine **weitere Nutzung der Kernenergie** und Kohle.

2. ein sofortiger Verzicht auf Kernenergie wird untersucht. Der Stromverbrauch nimmt kurzfristig ab, bis 2010 erreicht er aber wieder das Niveau des Grundmodells. Strompreiserhöhungen finden statt, Steinkohle wird mit 112 Mio. t im Jahre 2010 verstromt. Es wird unterstellt, daß die zusätzlichen Mengen bis 2010 auf den Weltmärkten gekauft werden können.

3. ein mittelfristiger Ausstieg in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren wird unterstellt. Alle Kernkraftwerke werden erst nach dem Ablauf ihrer vorgesehenen Be-

triebsdauer abgeschaltet und im wesentlichen durch importierte Steinkohle ersetzt. Das Wachstum des Stromverbrauchs bleibt hinter dem Grundmodell zurück, nach dem Jahr 2000 entstehen beträchtlich erhöhte Schadstoffbelastungen der Luft, die Strompreise steigen um 3 % schneller an.

Auch beim Gutachten des RWI ergeben sich einige **Kritikpunkte**:

- mehr als 60 Mio. t Steinkohle müßten importiert werden, aus Ländern wie Südafrika, USA und Australien. Die Importkapazität der deutschen Häfen von derzeit 31 Mio. t Steinkohle müßte verdoppelt werden. Deutschland begäbe sich in eine steigende Abhängigkeit vom Ausland. Befürworter des Ausstiegs aus der Kernenergie, die Südafrika boykottieren wollen, unterstellen gleichzeitig, daß wir langfristig Importkohle aus Südafrika beziehen.
- Die zusätzliche Beanspruchung der Weltmärkte führt zusammen mit der Verknappung der Energievorräte zu Preissteigerungen. Dies wird im Gutachten nicht berücksichtigt. Es ist unrealistisch, daß die Energiepreise nur um 2,5 % pro Jahr bis 2010 steigen.
- Die rein nationale Betrachtung des Energiemarktes ist unrealistisch. Ein deutscher Ausstieg mit Nachahmern in der Welt führt zu einem Preisschub, der die gesamten Rechnungen des Szenarios über die Auswirkungen zum Einsturz bringt. Die Kohle, und zwar Importkohle, soll als Lückenbüßer auftreten. Abgesehen davon, daß die Importkapazität der Bundesrepublik Deutschland für Kohle erhöht werden müßte, gibt es einen weltweiten Kampf um Kohle.
- Die Dritte Welt muß mit dem Industrieland Bundesrepublik Deutschland zu steigenden Preisen von Kohle, Öl und Gas auf den Weltmärkten konkurrieren, das bedeutet Verschärfung des Nord-

Zitat

Auf der Schlußveranstaltung der Wiener Expertenkonferenz zum Reaktorunglück in Tschernobyl war es der sowjetische Delegationsleiter, der erklärte, daß ein Unfall wie in Tschernobyl sich in keinem anderen Kernkraftwerk der Welt ereignen könne.

(WDR II vom 29. 8. 1986)

Süd-Konflikts und der internationalen Verschuldung der Entwicklungsländer. Die Entwicklungshilfe ist zu vernachlässigen im Vergleich zu den Preissteigerungen, die die Vorschläge des Öko-Instituts für die Dritte Welt bedeuten.

- Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Ansicht der Befürworter des Ausstiegs immer genügend Devisen um sich auf den Weltmärkten die notwendige Energie zu kaufen. Dies, und die Unterstellung, nur mäßig steigender Ölpreise bis 2010, ist unrealistisch. Die Importabhängigkeit nimmt bei einem „Ausstieg“ zu und damit auch die politische Erpreßbarkeit.
- Beim „Ausstieg“ werden durch steigende Energiepreise Arbeitsplätze im Inland vernichtet und ins Ausland exportiert. Unsere Nachbarn schließen sich einer ideologisch motivierten Politik des Ausstiegs nicht an.
- Die Umweltauswirkungen führen dazu, daß etwa 40 % mehr Schwefeldioxid und Stickoxid an die Umwelt abgegeben werden. Die Kosten dieser Umweltbelastung wie auch die gesundheitlichen Folgen werden nicht erfaßt. Die volkswirtschaftliche Betrachtung fehlt.
- Die zunehmende Belastung der Umwelt durch das bei den Verbrennungsprozessen entstehende Kohlendioxid wird überhaupt nicht berücksichtigt. Die internationale Dimension dieses Problems wird nicht bedacht.

● Waldschäden, Klimaveränderungen und Folgen für die Menschen, die bei einer Politik der vermehrten Verbrennung von Kohle, Öl und Gas auftreten, werden außer acht gelassen, ebenso die Verwendung dieser Stoffe als Rohstoffquelle.

Zusammenfassende Bewertung

Nach beiden Gutachten behalten die möglichen Folgen für die Bundesrepublik Deutschland unverändert Gültigkeit. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde bedeuten:

- kein Zuwachs an Sicherheit bei Kernkraftwerken;
- Benachteiligung der Dritten Welt;
- Arbeitsplatzvernichtung im Inland;
- politische Abhängigkeiten durch vermehrten Import fossiler Energieträger;
- steigende Umwelt- und Gesundheitsbelastung;
- Verringerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft. ■

Gemeinsame Plakataktion

Bundesumweltminister Walter Wallmann und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes, Fritz Haberl, stellten in Bonn eine gemeinsame Plakataktion des Gebrauchtwagenhandels und der Kfz-Meisterbetriebe der Öffentlichkeit vor. Ziel der Aktion ist, die Autofahrer in der Bundesrepublik Deutschland stärker dazu anzuregen, ihre Kraftfahrzeuge technisch für einen umweltfreundlichen Betrieb umrüsten zu lassen. Bei der Präsentation wies Bundesminister Wallmann auf die von der Bundesregierung geschaffenen finanziellen Anreize für das Fahren umweltfreundlicher Autos hin. Minister Wallmann betonte, daß nur derjenige in den Genuß der vollen steuerlichen Vergünstigungen komme, der noch in diesem Jahr sein Fahrzeug umrüsten lasse.

Verbesserter Gewässerschutz

Vier Wirtschaftsverbände, nämlich der Deutsche Textilreinigungsverband, der Gesamtverband neuzeitlicher Textilpflegebetriebe, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. sowie der Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektrotechnikindustrie e.V. haben Bundesumweltminister Walter Wallmann ein Schreiben überreicht, in dem sie sich verpflichten, die technischen Einrichtungen zum Waschen und Reinigen zugunsten des Gewässerschutzes zu verbessern. Darüber hinaus soll die Öffentlichkeit eingehend über umweltschonendes Waschen und Reinigen unterrichtet werden.

Die Verbände werden dem Bundesumweltminister alle drei Jahre über die erzielten Fortschritte berichten.

Bundesumweltminister Wallmann begrüßte die weitreichende Selbstverpflichtung der Verbände und erklärte u. a.:

„Die mir übergebene Erklärung steht in engem Zusammenhang mit der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Novelle des Waschmittelgesetzes, in die erstmalig grundsätzliche Anforderungen an technische Einrichtungen zur Reinigung aufgenommen werden sollen. Die jetzt abgegebene Selbstverpflichtung der Wirtschaft kann weitere gesetzliche Detailregelungen entbehrlich machen.“

Die Erklärung der Verbände ist ein Beispiel für die mögliche enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft im Umweltschutz. Die von den Wirtschaftsverbänden eingegangene Verpflichtung ist mit der Erwartung verbunden, daß durch die Verbesserung der technischen Einrichtungen zum Waschen und Reinigen die immer noch zu hohe Umweltbelastung durch Wasch- und Reinigungsmittel deutlich verringert werden.“

Konjunktur weiter aufwärts

Die jetzt vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Wirtschaftsdaten für das zweite Quartal 1986 belegen, daß sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Tempo auf Wachstumskurs befindet. Um real 3,3 Prozent hat das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr zugenommen. In der gleichen Zeitspanne ist die Zahl der Erwerbstätigen um 266 000 gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen ging um 2,9 Prozent zurück.

Diese Daten sind ermutigend, erklärte hierzu Staatssekretär **Friedhelm Ost**. Sie beweisen auch, daß die Verlagerung von der Exportkonjunktur auf die Binnenkonjunktur erfolgreich bewältigt wurde. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 10,8 Prozent — für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft ein äußerst gutes Zeichen — und die Zunahme des privaten Verbrauchs um 4,8 Prozent signalisieren eine äußerst kräftige Inlandsnachfrage.

Sie hat sich entfaltet in einem Klima des Vertrauens und unter grundlegend verbesserten politischen Rahmenbedingungen, sie wird getragen von positiven Lageeinschätzungen durch Unternehmen und Verbraucher, sie wird genährt durch stabile Preise, niedrige Zinsen und eine starke Zunahme der Netto-Realeinkommen. So wird der Anstieg der Netto-Reallöhne je Beschäftigten in diesem Jahr mit rund 4 Prozent der stärkste seit 16 Jahren sein. Dadurch sowie durch den massiven Anstieg der Beschäftigung, durch die markanten Verbesserungen im Bereich der sozialen Leistungen (z. B. Einführung des Erziehungsgeldes, Erhöhung des Wohngeldes und Sozialhilfe, Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer), durch Steuerentlastung und Zunah-

me der Vermögenseinkommen werden die privaten Haushalte in diesem Jahr zusätzlich rund 60 Milliarden Mark an realer Kaufkraft zur Verfügung haben.

Vieles spricht dafür, daß der wirtschaftliche Wachstumsschub noch an Dynamik gewinnen und auch das nächste Jahr prägen wird. Das jetzt erreichte Zwischenergebnis und die guten Aussichten bestätigen die Wachstumsstrategie der Bundesregierung. Sie wird damit auch ihrer weltwirtschaftlichen Verantwortung voll gerecht.

Das Europäische Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung Prognos in Basel erwartet für die Bundesrepublik Deutschland auch 1987 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,7 %, verglichen mit voraussichtlich 3,3 % im Jahre 1986. ■

Neuregelung entlastet Hauseigentümer und Finanzverwaltungen

„Ab 1987 wird selbstgenutztes Wohneigentum nicht mehr besteuert. Damit ist ein Ziel erreicht worden, das die Wohnungspolitik schon seit Jahrzehnten anstrebt.“ Darauf hat der Parlamentarische Staatssekretär, **Friedrich-Adolf Jahn**, in Bonn hingewiesen. Besonders wichtig und weitgehend unbekannt sei die Tatsache, daß diese Regelung für alle gelte, also rückwirkend auch für diejenigen, die schon vor 1987 Wohneigentum erbaut oder erworben hätten und es selbst nutzen. Nach Ablauf des 8jährigen Förderzeitraums habe der Eigenheimer auf diesem Feld mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun. Eigentümer von weitgehend selbstgenutzten Zwei- und Mehrfamilienhäusern könnten noch bis Ende 1998 die geltenden steuerlichen Möglichkeiten in Anspruch nehmen.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt hält an

Auch im August liegt die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als vor einem Jahr (8,5 % nach 8,9 %). Die Zahl der Erwerbstätigen ist erneut kräftig angewachsen, saisonbereinigt seit einiger Zeit Monat für Monat um 30 000, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernhard Jagoda, MdB.

Die Perspektiven für die weitere Arbeitsmarktentwicklung sind günstig; denn es ist zu berücksichtigen, daß in den August einerseits in erheblichem Umfang Zugänge an Arbeitslosen entfallen, die eine allgemeinbildende oder berufsbezogene schulische Ausbildung beendet haben, andererseits aber Neueinstellungen und Beginn betrieblicher Ausbildungsverhältnisse häufig erst nach den Ferien, also in diesem Jahr stärker als in früheren Jahren erst im September erfolgen. Erfreulich ist, daß bereits im August die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 20 Jahren für diese Jahreszeit den niedrigsten Stand nach 1981 erreicht hat.

In diesem Jahr hat ein besonders starker Jahrgang Jugendlicher betriebliche Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen, der 1983 die Ausbildung begonnen hatte. Es ist erfreulich, daß der weitaus größte Teil dieser jungen Menschen im Anschluß an die Ausbildung vom Ausbildungsbetrieb in Beschäftigung übernommen worden ist oder anderweitig Beschäftigung finden konnte, obwohl noch ein relativ starker Jahrgang Jugendlicher in Ausbildungsstellen unterzubringen ist. Jagoda dankte Arbeitgebern und Betriebs- und Personalräten dafür, daß sie sich ihrer solidarischen Verpflichtung gegenüber der in das Berufsleben nachrückenden jungen Generation bewußt gewesen sind.

Die Bundesregierung begrüßt diese vom Wirtschaftsaufschwung getragene schrittweise Entlastung des Arbeitsmarkts und sieht darin eine Bestätigung ihrer auf solides Wachstum, Preisstabilität und Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerichteten Politik, erklärte hierzu Staatssekretär **Friedhelm Ost**.

Alle vorliegenden Daten und Prognosen lassen erwarten, daß diese günstige Entwicklung in den kommenden Monaten anhalten und sich auch im Jahr 1987 fortsetzen wird.

Staatssekretär Ost forderte Wirtschaft und Verwaltung auf, den stabilen Konjunkturaufschwung auf breiter Basis zu Neueinstellungen zu nutzen. Wo Fachkräfte fehlen, sollte durch verstärkte betriebliche Fortbildung und Einarbeitung auch weniger gut qualifizierten Arbeitssuchenden eine Chance geboten werden. ■

Positive Wende beim Vorruhestand

Bei der Vorruhestandsregelung ist nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**, eine „positive Wende“ eingetreten. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 5.9.1986 sagte Franke, die Zahl der gestellten Anträge habe sich im ersten Halbjahr 1986 im Vergleich zum letzten Halbjahr 1985 von 12 847 auf 14 582 erhöht. Diese Steigerung um 13,5 Prozent sei ein erfreulicher Fortschritt. Insgesamt hätten seit der gesetzlichen Neuregelung im Mai 1984 rund 60 000 Arbeitnehmer die Möglichkeit zu einem Ausscheiden aus dem Berufsleben mit dem Erreichen des 58. Lebensjahres genutzt. Besonders wichtig für die Entlastung des Arbeitsmarktes sei, daß in 70 Prozent der Fälle die freigewordenen Stellen wiederbesetzt worden seien.

Helmut Kohl bei der CDU Hessen: Rau hat nicht die geringsten Chancen

Zu einer glanzvollen Veranstaltung wurde der 66. Landesparteitag der CDU Hessen kürzlich in Oberursel. Die Hessen-Union eröffnete damit den Bundestagswahlkampf. Dazu war eigens Bundeskanzler Helmut Kohl in die Taunusstadt gekommen.

Vor rund 4000 Zuhörern auf dem Rathausplatz in Oberursel räumte Kohl der SPD und ihrem Kandidaten Johannes Rau „nicht die geringsten Chancen“ ein, aus eigener Kraft die Bundestagswahl 1987 zu gewinnen. Der Kanzler äußerte vielmehr die Vermutung, die SPD werde, falls dies nach dem Wahlergebnis erforderlich sei, mit den Grünen zusammengehen. Rau werde sich „genauso verhalten“ wie der hessische Ministerpräsident Börner, der nach der Landtagswahl 1983 doch ein Bündnis mit den Grünen eingegangen war, obwohl er dieses vorher stets ausgeschlossen hatte. „Sie glauben doch nicht im Ernst, daß sich Rau anders verhält als Börner“, rief der CDU-Bundesvorsitzende in seiner mehrfach von stürmischem Beifall unterbrochenen Rede aus. Der SPD warf Kohl vor, ihre Beschlüsse beim Nürnberger Parteitag würden, wenn die Partei sie realisierte, „zu einer anderen Republik führen“. Große Teile der SPD seien leider bereit, diesen Weg zu gehen.

Der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Bundesumweltminister Walter Wallmann, wertete zu Beginn des Parteitages diesen als Auftakt für die „politische Auseinandersetzung um den besseren Weg in die 90er Jahre“. Der falsche Weg von SPD und Grünen in Hessen sei das „abschreckende Beispiel dafür“, wie die

Bundesrepublik Deutschland von 1987 nicht aussehen dürfe.

Wallmann bekräftigte, daß die Union bei den Wahlen, die 1987 anstehen, gewinnen wolle. Nach einer gewonnenen Bundestagswahl wolle die CDU in Hessen „die rot-grüne Politik oder Verweigerung, des Ausstiegs, der ideologischen Verblendung, der Unkalkulierbarkeit durch eine Politik der Stetigkeit, der Sachlichkeit, der Bürgernähe, der Offenheit, der Toleranz und der Seriösität ersetzen.“

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Ehrenvorsitzende der CDU Hessen, Alfred Dregger, wurde anschließend von den Delegierten auf Platz 1 der Landesliste für die Bundestagswahl gesetzt. Dregger erhielt dabei das Traumergebnis von 432 von 432 möglichen Stimmen. Auf Platz 2 folgt Hessens CDU-Chef Walter Wallmann vor dem Sprecher für Arbeitnehmerfragen der Bundestagsfraktion, Otto Zink. Auf Platz 4: Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, dahinter Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, folgt auf Platz 6, dahinter die Wiesbadener Abgeordnete Hannelore Rönsch.

Industriestandort Hessen in Frage gestellt

Der Vorstandschef der Hoechst AG, Wolfgang Hilger, hat der rot-grünen Landesregierung in Wiesbaden vorgeworfen, die Arbeit des Chemiekonzerns zu behindern und damit den Industriestandort Hessen zu gefährden.

Standssystem für Messen und Verbraucherausstellungen

Mit der Beteiligung auf Messen und Verbraucherausstellungen macht sich die CDU die Anziehungskraft einer mehrtägigen Großveranstaltung zu Nutze und erreicht in kurzer Zeit Tausende von Bürgern — ein hervorragender Platz für Öffentlichkeitsarbeit.

Wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung der CDU-Verbände ist hierbei eine angemessene Präsentations-

form, also ein Standsystem, das sowohl durch Funktionalität als auch durch sein Aussehen besticht und bei dem zusätzlich auch das Preis/Leistungsverhältnis stimmt.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle kann folgende System-Kombinationen empfehlen, die als Grundausstattung für lokale und regionale Messen gut geeignet erscheint:

a) Messestellwand,
 3teilig, Leichtrahmenkonstruktion mit 6 weißen Hartschaumplatten 594 x 929 mm. 3 Platten sind einseitig mit weißem Klettstoff kaschiert, so daß Exponate mit den dazugehörigen Klettpunkten problemlos befestigt werden können. Das System ist schnell und ohne Werkzeug aufzubauen. Gesamtbreite (standfest aufgebaut) ca. 1,50 m, Höhe ca. 2 m.
 Preis inkl. Dekostreifen im tragbaren, stabilen Glasfaserkarton 1 177,40 DM zuzüglich MwSt. sowie Versandkosten.
 (Lieferbar nur ohne Aufkleber auf Transportkiste.)



b) Promotor falttheke

Außenmaße 90 cm hoch, 60 cm tief, 80 cm breit, inkl. Deckelplatte für extreme Belastung sowie Promotortasche für

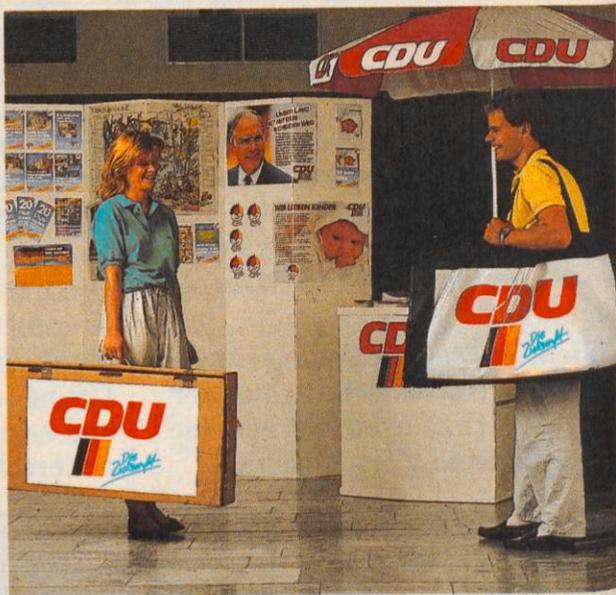
Transport 504,— DM zuzüglich MwSt. sowie Versandkosten. (Tasche nur ohne Aufkleber lieferbar, CDU-Schirm gehört nicht zur Ausstattung; Bohrung für Schirm ist ab Werk vorgesehen.)

c) Leichtgewicht-Display-Klappwand

ca. 5 m² Werbefläche, beidseitig gestaltbar, 2 m hoch, 6 x 47,5 cm breit.

Robuste Wellpappe im Sandwich-Prinzip hergestellt. Im Tragekoffer 198,— DM zuzüglich MwSt. und Fracht sowie 10,— DM pauschale Bearbeitungsgebühr.

Bestellungen (einzeln oder als Kombination) über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.



Nutzen Sie die Gelegenheit:

Subskriptionsangebot bis 30. September

Für den Fall starker Nachfrage wurde vorab mit den Herstellern ein Mengenrabatt vereinbart. Der Preisnachlaß wird in vollem Umfang an die ordernden Verbände weitergegeben.

Nach dem 30. September gilt der oben angeführte Preis für Einzelabgaben der Artikel.

d) Zubehör

Direkt über das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, bestellen Sie bitte:

CDU-Sonnenschirm (o. Fuß)

Bestell-Nr.: 0458

1 Stück 60,— DM + MwSt.

PVC-Aufkleber für Canvassing-Stand

Bestell-Nr.: 0546

10 Stück 27,— DM + MwSt.

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Das Thema „Umwelt“ ist nach wie vor höchst aktuell. Wir erinnern daher an unser vielseitiges Angebot:

Broschüre:

Aus Liebe zur Heimat/ Umwelt

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 21,— DM
Bestell-Nr.: 5792

Broschüre:

Boden und Landschaft

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,— DM
Bestell-Nr.: 5607

Argumentationsfaltblatt: Fünf Thesen zur Umweltpolitik

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 2608

Aktionshandbuch: Umweltaktionen

von A bis Z Mach mit!

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr.: 3670

Broschüre:

Unsere Luft wird sauberer

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
Bestell-Nr.: 2664



Faltzeitung:

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 19,— DM
Bestell-Nr.: 2662

Rahmenflugblatt:

Mit uns für eine lebenswerte Umwelt

Mindestabnahme: 500 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 1695

Rahmenplakat (DIN A1)

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 8695

Pflanzwürfel

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 91,— DM
Bestell-Nr.: 9785

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Poster, die den Gegner treffen

**Leistung muß
endlich wieder
bestraft
werden.**



Bestell-Nr. 7872

Alle Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte. Bestens geeignet für den bildhaften Angriff auf die SPD sind unsere neuen Poster, vorgestellt in UiD 24/86. Mal humorvoll, mal bissig, mal hintergründig, mal plakativ, für jeden Geschmack und zu unterschiedlichen Themenbereichen haben wir eine Serie von sechs Postern (Format DIN A1) konzipiert.

Was Sie bestellen, werden wir produzieren. Ab etwa Mitte September werden die Poster vorliegen und versandt.

*Mindestabnahme: 25 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 7872*

Die sechs Angriffs-Poster können Sie auch als Set bestellen. Sie bekommen dann mit jedem Poster 1 Exemplar gerollt geliefert. Auch hierbei gilt: Jetzt bestellen. Lieferung ab etwa Mitte September.

*Für Poster-Set:
Mindestabnahme: 1 Set
Preis pro Set: 5,— DM inkl. MwSt.
Bestell-Nr.: 7887*

UiD

26/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.